



1947  
2007

## 60 Jahre Marburger Bund. Eine Zeitreise.

Von der „Vereinigung der Jungärzte“  
zur Ärztegewerkschaft Deutschlands.





## 60 Jahre Marburger Bund. Eine Zeitreise.

Von der „Vereinigung der Jungärzte“  
zur Ärztegewerkschaft Deutschlands.

**mehr bewegen.**

Herausgeber:  
Marburger Bund,  
Verband der angestellten  
und beamteten Ärztinnen  
und Ärzte Deutschlands e.V.  
Bundesverband

Reinhardtstraße 36  
10117 Berlin

Nachdruck, Übersetzung  
und Vervielfältigung – auch  
auszugsweise – nur mit  
Genehmigung.

Bildnachweis:

Cover (Gelsner, Telekom,  
dpa, Thielbeer, Sticha), S. 2  
(Thielbeer), S. 5 (Kiecke-  
busch), S. 8, 9, 11, 14,  
15 u. (Gelsner), S. 12 (Conti-  
press), S. 15 (Spürck),  
S. 16 (Knippertz), S. 17 o.  
(maz), S. 18 (dpa), S. 21  
(Rein), S. 23 o. (Gebhardt),  
S. 23 u. (Eifrig), S. 26  
(Fischer), S. 31 (axentis),  
S. 32 (Schneider), übrige  
(Marburger Bund)

Redaktion:  
Athanasios Drougias

Repro:  
Königsdruck, Berlin

Gestaltung:  
FGS Kommunikation Berlin

© 2007  
Printed in Germany



**Dr. med. Frank Ulrich Montgomery**

1. Vorsitzender des Marburger Bundes

## Vorwort

**Der Marburger Bund – die Interessenvertretung der angestellten und beamteten Ärztinnen und Ärzte Deutschlands – ist in diesem Jahr 60 Jahre alt geworden.**

In diesen sechs Jahrzehnten hat sich viel getan im deutschen Gesundheitswesen, in der tarifpolitischen Landschaft und im Marburger Bund selbst.

Hervorzuheben ist dabei zweifelsohne die tarifpolitische Emanzipation des Marburger Bundes als einzige tariffähige Ärztegewerkschaft in Deutschland. Innerhalb weniger Monate ist es dem Marburger Bund mit Unterstützung der Ärztinnen und Ärzte vor Ort gelungen, das Tarifgefüge hierzulande mit eigenen arzt-spezifischen Tarifverträgen im öffentlichen Dienst und im privaten Kliniksektor entscheidend zu verändern. Es ist deshalb auch nicht vermessen, wenn die Medien in diesem Zusammenhang von historischen Ärztestreiks und Tarifabschlüssen sprechen.

Sicherlich waren es auch die tarifpolitischen Erfolge der vergangenen Monate, die dazu beigetragen haben, dass der Marburger Bund seine Position als größter deutscher und europäischer Ärzteverband mit freiwilliger Mitgliedschaft hat ausbauen können. Aber auch vor den Ärztestreiks und den arzt-spezifischen Tarifabschlüssen konnte der Marburger Bund unter anderem durch konsequente politische Interessenvertretung, mitgliedernahe Beratung und berufsrelevante Seminarangebote stetig seine Mitgliederzahlen erhöhen. Wir sind stolz darauf, dass uns heute rund 110.000 Mitglieder ihr Vertrauen schenken.

Diese positive Entwicklung bedeutet für den Marburger Bund auch eine große Verantwortung gegenüber den Ärztinnen und Ärzten. Zukünftig wird es also darum gehen, der Verpflichtung als größter Ärzteverband und einziger Ärztegewerkschaft Deutschlands gerecht zu werden.

# Die Mitteilungsblatt des Marburger Bundes DER ANGESTELLTE ARZT

VERBAND DER ANGESTELLTEN ÄRZTE DEUTSCHLANDS  
ERSCHEINT MONATLICH — VERLAGSPOSTAMT KÖLN

Hauptschriftleiter: Dr. med. H. Porschen, Honnef-Rhein / Redaktionsausschuß: Dr. med. Britz, Köln  
Dr. med. Stockhausen, Dortmund; Dr. med. Werner, Mannheim; Dr. med. Schlogell, Bad Nauheim; Dr. med. Zander, Marburg

Bezugspreis: Einzelpreis DM 0,20

3. JAHRGANG

MÄRZ 1950

NUMMER 3

## Gegen die Ausbeutung ärztlicher Arbeitskraft!

Die vielen Prozesse, die der Marburger Bund im gesamten Bundesgebiet gegen Krankenhauskostenträger aller Art (staatliche, kommunale, konfessionelle und private Häuser) führt, beweisen in zunehmendem Maße, daß die Forderung nach gesetzlicher Regelung der Anstellungsverhältnisse an den Krankenhäusern absolut berechtigt ist.

Fast jeder Prozeß zeigt erneut, wie unzureichend vielfach die Besetzung der Krankenhäuser mit tariflich bezahlten Ärzten ist. Vor dem Arbeitsgericht auf den Mißstand aufmerksam gemacht, kommen die Kostenträger meist mit dem Einwand, daß der Stellenplan eine andere, d. h. bessere Besetzung nicht zulasse. Auf diesen Einwand mußte sich kürzlich wieder eine Krankenhausverwaltung in der Urteilsbegründung des Gerichts wie folgt eines Besseren belehren lassen:

„Wenn die Beklagte ein Krankenhaus unterhält, muß sie den Stellenplan entsprechend den Bedürfnissen dieses Hauses aufstellen und u. U. auch im Laufe eines Haushaltsjahres abändern. Es ist nicht angängig und mit den arbeitsrechtlichen, insbesondere den tariflichen Bestimmungen unvereinbar, voll ausgebildete Ärzte, denen die verantwortliche Leitung einer Station anvertraut ist, aus angeblich stellenplanmäßigen Gründen als Volontäre anzusehen und ihnen die Bezüge zu gewähren, die ungefähr mit denen landwirtschaftlicher Hilfsarbeiter gleichstehen.“

Die bisherigen Entscheidungen der Arbeitsgerichte lassen klar erkennen, daß der Grundsatz „Jede Arbeit ist ihres Lohnes wert“, der an sich jedem Menschen selbstverständlich ist, auch für die am Krankenhaus tätigen Ärzte gilt.

Wir können auf Grund der ständig anwachsenden Zahl der Prozesse mit Genugtuung feststellen, daß die Kolleginnen und Kollegen nicht länger gewillt sind, die Mißachtung ihrer moralisch sowie arbeitsrechtlich begründeten Ansprüche geduldig hinzunehmen, vielmehr machen sie mehr und mehr mit Hilfe der Rechtsabteilung des Marburger Bundes ihre Rechte gegenüber den Krankenhauskostenträgern geltend.

Jedes Mitglied unseres Bundes, welches seinen speziellen Fall der Rechtsabteilung unseres Gesamtverbandes übertragen will, möge jedoch den vorgeschriebenen Dienstweg einhalten und seine Sache zunächst dem Vorstand der zuständigen Landesvereinigung einreichen.

Die Anschriften der Landesvereinigungen des Marburger Bundes sind:

Bayern:	München — 2, Briennerstr. 11
Süd-Baden:	Freiburg i. Br., Univ.-Frauenklinik, (Dr. Keim)
Nord-Baden:	Mannheim, Städt. Krankenanstalten, (Dr. Werner)
Bremen:	Bremen, Karl-Schurz-Straße 48
Hamburg:	Hamburg, An der Alster 49
Hessen:	Marburg, Pilgrimstein 3
Nordrhein-Westfalen:	Köln-Mülheim, Elis.-Breuer-Straße 5
Niedersachsen:	Hannover, Schäferdamm 2
Rheinland-Pfalz:	Koblenz-Moselweiß, Kemperhofweg 4
Schleswig-Holstein:	Bad Segeberg, Klosterkamp 12

1947

JUNI

Junge Ärzte und Medizinstudenten treffen sich im Gerichtsmedizinischen Institut der **Phillips-Universität Marburg**, um sich Gedanken über die Verbesserung ihrer schlechten Arbeitsbedingungen zu machen. Es ist die Geburtsstunde des Marburger Bundes.

1947

OKTOBER

Beim 2. Interzonentreffen im Frankfurter Ärztehaus wird gefordert, dass alle sich regional bildenden Arbeitsgemeinschaften zumindest zusätzlich die Bezeichnung **„Marburger Gemeinschaft“** führen sollen.

1948

MAI

Während des 4. Interzonentreffens in Bayern beschließen die Mediziner, eine Organisation zur Wahrung der wirtschaftlichen Interessen der angestellten Ärzte zu gründen. Damit soll die Tariffähigkeit der Organisation gewährleistet werden.

Die Mitglieder der regionalen „Marburger Gemeinschaften“ werden aufgefordert, der neuen Tarifgemeinschaft **„Marburger Bund – Vereinigung der angestellten Ärzte“** beizutreten. Der Zulauf ist beachtlich, noch im Jahr 1948 beläuft sich die Zahl der Mitglieder auf über 14.000.

1948

AUGUST

Zum ersten Mal erscheint die Monatszeitung **„Der angestellte Arzt“**, die das seit März erschienene Mitteilungsblatt „Marburger Gemeinschaften“ in der britischen Zone ersetzt.

## Chronik

1950

1960

1970

1980

1990

2000

**1948**  
SEPTEMBER

Die Landesvereinigungen schließen sich in Stuttgart zum „**Marburger Bund – Arbeitsgemeinschaft der angestellten Ärzte**“ zusammen.

**Herbert Britz** wird 1. Vorsitzender des Marburger Bundes mit Sitz in Köln.



Operationssaal in den 50er Jahren.

„Trotz unserer Notlage versichern wir, das ärztliche Berufsethos unter allen Umständen hochzuhalten und die Freiheit des ärztlichen Berufes zu wahren. Das Arzttum ist überparteilich und gewissengebunden. Wir rücken ab von den Handlungen der in Nürnberg angeklagten Ärzte und bekennen uns zu den Ideen der Münchener Studentenrevolte. Von diesem Geist beseelt, wenden wir uns an die Länderregierungen. Lasst den medizinischen Nachwuchs nicht in der Not erstickern! Wir ersuchen und warnen: Die moralische und soziale Not ist groß; durch Ausbeutung unserer Arbeitskraft in den weitaus meisten Krankenanstalten und die Unmöglichkeit der soliden Weiterbildung wächst sie von Stunde zu Stunde. Die Tradition der deutschen Wissenschaft verlangt, dass endlich dem Nachwuchs das Recht auf bezahlte Arbeit und Ausbildung gesetzlich zugesichert wird.“

Auszug aus zwei Resolutionen der jungen Mediziner beim Marburger Treffen im Juni 1947.

**1949**  
MAI

Bei der letzten **Interzonentagung** des Marburger Bundes in Köln lehnen die Delegierten es ab, sich einem gewerkschaftlichen Spitzenverband anzuschließen, da sie eine Minderheitenvertretung gefährdet sehen.

Vor allem die neue Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) spricht dem Marburger Bund die Tariffähigkeit ab.

**1950**  
MÄRZ

Der Marburger Bund und die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG) vereinbaren eine Zusammenarbeit im Rahmen eines **Freundschafts- und Kooperationsvertrages**. Über diesen Vertrag sichert sich der Marburger Bund Einflussnahme auf Tarifverhandlungen insbesondere im öffentlichen Dienst.

Dessen Arbeitgeber weigern sich nämlich, den Marburger Bund als originären Tarifpartner neben DAG und ÖTV zu akzeptieren.

**1951**  
APRIL

Bei der ersten **Hauptversammlung des Marburger Bundes** in Berlin geht es hauptsächlich um die schlechten Arbeitsbedingungen der Ärzte und die große Zahl an Verstößen gegen die abgeschlossenen Tarifordnungen seitens der Arbeitgeber.

**1951**  
JUNI

Unter dem Druck einer Urabstimmung über Streiks im öffentlichen Dienst vereinbaren die Gewerkschaften mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) eine zum April rückwirkende **Gehaltserhöhung der Angestellten** um 20 Prozent.

**1951**  
OKTOBER

Der Marburger Bund reicht beim Bundesverfassungsgericht **Beschwerde gegen die Beschränkung der Niederlassungsfreiheit als Kassenarzt** ein. Diese Beschränkung widerspricht Artikel 12 des Grundgesetzes, der die Berufsfreiheit garantiert.



## Chronik

1950

1960

1970

1980

1990

2000

**1952**

NOVEMBER

Bei einer außerordentlichen Hauptversammlung in Köln wählen die Delegierten **Rolf Berensmann** zum Vorsitzenden des Marburger Bundes.

**1954**

FEBRUAR

Der Marburger Bund schließt mit dem sogenannten „**Langenberger Abkommen**“ mit dem Evangelischen Krankenhausverband Rheinland und Westfalen erstmals einen Vertrag über Arbeits- und Anstellungsbedingungen mit einem konfessionellen Träger.

**1956**

OKTOBER

Das Arbeitsgericht in Aachen bestätigt die Auffassung des Marburger Bundes nach einer **Wochenarbeitszeit von 48 Stunden** und der Bewertung der Sonntags- und Feiertagsdienste sowie der nächtlichen Bereitschaftsdienste als vollwertige Arbeitszeit.

**1959**

FEBRUAR

Dem Marburger Bund gelingt bei den Verhandlungen zur Einführung des Bundes-Angestellten-tarifvertrages (BAT), **Regelungen für Krankenhausärzte** aufzunehmen. Die Wochenarbeitszeit für Mediziner soll 51 Stunden betragen. Auch sollen fortan die Bereitschaftsdienste im neuen Tarifvertrag vergütet werden.

**1960**

MÄRZ

Rund neun Jahre nach dem Einreichen einer Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe erringt der Marburger Bund ein **Jahrhunderturteil**: Die Zulassungsbeschränkung über das Prinzip der Verhältniszahl ist verfassungswidrig. **Damit ist die Niederlassungsfreiheit als Kassenarzt erstritten.**

**1968**

MAI

Wegen ungewisser Berufsaussichten ziehen Medizinalassistenten beim **71. Deutschen Ärztetag** in Wiesbaden ins Plenum.

**1961**

JANUAR

Nach acht Verhandlungsjahren ist der BAT unter Dach und Fach. Die außerordentliche Hauptversammlung des Marburger Bundes gibt dem Tarifwerk, das seit April 1961 Gültigkeit hat, trotz erheblicher Kritik hinsichtlich der Arbeitszeiten und Bereitschaftsdienstregelungen ihren Segen.

**1965**

MAI

Die 28. Hauptversammlung des Marburger Bundes fordert für angestellte Ärzte die gleichen Arbeitszeiten wie für alle anderen Angestellten im öffentlichen Dienst.

Der Marburger-Bund-Bundesvorsitzende **Dietrich Techen** regt an, auf lange Sicht ein eigenes Tarifwerk für Akademiker zu schaffen.



Hamburgs Klinikärzte demonstrieren gegen überlange Arbeitszeiten.

**1968**  
NOVEMBER

Die 33. Marburger-Bund-Hauptversammlung beschließt eine **neue Streikordnung**. Leitgedanke: Die Versorgung der Patienten darf nicht gefährdet werden. Als Streikinstrument wird der sogenannte „**Bleistiftstreik**“ auserkoren, bei dem Ärzte patientenferne Verwaltungstätigkeiten verweigern und so die Einnahmequelle der Krankenhäuser treffen.

**1970**  
JANUAR

Im Klinikum Marburg treten die Hochschulärzte in einen **Vollstreik**, **300 Betten stehen leer**. Nach drei Wochen beschließt die hessische Landesregierung, dass sich die Widerrufsbeamten auf Antrag ins Angestelltenverhältnis übernehmen lassen können, ohne dass eine Kündigung ausgesprochen werden darf.

**1970**  
FEBRUAR

ÖTV und DAG einigen sich mit den Arbeitgebern auf einen **Stufenplan zur Reduzierung der ärztlichen Arbeitszeit**. Ab Juli soll die wöchentliche Arbeitszeit 45 Stunden, ab Januar 1972 43 Stunden und ab dem Jahr 1973 42 Stunden betragen. Der Marburger Bund lehnt diesen Plan ab, fordert die sofortige Angleichung der Arbeitszeiten und droht mit Arbeitskampfmaßnahmen.

Auf ihrer 36. Hauptversammlung im Mai verlangen die Marburger-Bund-Delegierten einen gesonderten Tarifvertrag für alle Ärzte im Hochschuldienst.

**1971**  
JUNI

Die Große Tarifkommission des Marburger Bundes erklärt die ins Stocken geratenen Tarifverhandlungen für gescheitert, bildet ein Streikkomitee und leitet den Arbeitskampf ein. **In keinem Landesverband liegt die Zustimmung zum Arbeitskampf unter 96 Prozent.**

Am 30. Juli demonstrieren über 800 Berliner Klinikärzte in weißen Kitteln auf dem Kurfürstendamm gegen den „Bundes-Ausbeutungs-Tarifvertrag“. Vom 20. August bis zum 2. September führen die Berliner Krankenhausärzte Warnstreiks durch. Auch in Hamburg, Wuppertal und Dortmund gehen die Ärzte auf die Straße, bundesweit wird der „Bleistiftstreik“ in den Kliniken organisiert.

**1971**  
SEPTEMBER

Die Arbeitgeber kündigen an, dass sie den Marburger Bund bei der für den 14. Oktober anberaumten Tarifrunde innerhalb der **DAG-Verhandlungskommission** hinzuziehen wollen. Nach drei Verhandlungsrunden einigt sich der Marburger Bund mit den Arbeitgebern im Januar 1972.

Rückwirkend gibt es zum 1. Januar wesentliche **Tarifverbesserungen** für die Klinikärzte.



Arbeitsüberlastung anders dargestellt.

## Chronik

1950

1960

1970

1980

1990

2000

1976  
DEZEMBER

Hessens Marburger-Bund-Delegierte protestieren auf der 50. Hauptversammlung gegen Stellenkürzungen.

1975  
MAI

Auf der 47. Hauptversammlung des Marburger Bundes legt **Erwin Odenbach** nach neun Jahren das Amt des Vorsitzenden nieder, das fortan **Karsten Vilmar** bekleidet. 2. Vorsitzender ist Jörg-Dietrich Hoppe.

1976  
NOVEMBER

Marburger Bund, DAG und die „Gemeinschaft von Gewerkschaften und Verbänden des öffentlichen Dienstes“ besiegeln mit einer neuen Tarifgemeinschaft die **Loslösung von der ÖTV**.

Die **Richtlinien der Europäischen Gemeinschaft (EG) für die freie Niederlassung von Ärzten** werden durch die Umsetzung ins deutsche Recht wirksam. Der Marburger Bund hat entscheidend dazu beigetragen, dass die berufliche Freizügigkeit auch für angestellte Ärzte gilt.

1977  
NOVEMBER

Der Marburger Bund feiert 30-jähriges Bestehen.

1979  
NOVEMBER

Die Delegierten der 56. Marburger-Bund-Hauptversammlung wählen **Jörg-Dietrich Hoppe** zum neuen Bundesvorsitzenden.

1981  
FEBRUAR

Mit einer **Presse-kampagne** informiert der Marburger Bund über die überlangen Arbeitszeiten der Klinikärzte.

1981  
MAI

Der Marburger Bund spricht sich auf seiner 59. Hauptversammlung klar **gegen aktive Sterbehilfe** aus. Kein Arzt kann dazu verpflichtet werden, einem Menschen auf dessen Wunsch hin den sogenannten Gnaden Tod zu ermöglichen. Eine solche Handlung bedeutet für den Arzt die aktive Teilnahme bei der Hilfe zum Sterben, also die aktive Tötung eines Menschen.

Unberührt davon bleibt die Aufgabe des Arztes, den Patienten beim Sterbeprozess zu begleiten. Die Delegierten wenden sich ebenfalls gegen unsinnig lebensverlängernde Maßnahmen um jeden Preis.



Die Marburger-Bund-Vorsitzenden Britz, Berensmann, Techen, Odenbach, Vilmar und Hoppe (von links).

1982  
APRIL

Mit seinem neuen **Seminar „Management im Krankenhaus“** trägt der Marburger Bund der Anforderung an die Klinikärzte Rechnung, auch Kenntnisse über Organisations- und Führungsmethoden zu haben.

1984  
MAI

Auf der 65. Hauptversammlung konstituiert sich der **Sprecherrat der Medizinstudierenden** im Marburger Bund. Das Gremium soll den Vertretern der studentischen Arbeitskreise aus den Landesverbänden Gehör im Bundesverband verschaffen.

1984  
OKTOBER

Die Verordnung zur Einführung des sogenannten **„Arzt im Praktikum“ (AiP)** tritt in Kraft; der AiP-Durchlauf soll Mitte 1987 beginnen. Medizinstudierende kritisieren, dass damit der Berufseinstieg um zwei Jahre verzögert wird. Für viele bleibt unverständlich, dass sich der Marburger Bund für die AiP-Phase entschieden hat.

Vorsitzender Jörg Hoppe betont, dass die AiP-Phase nicht der reinen Marburger-Bund-Lehre entspricht, sie aber angesichts der Alternativen mit Sicherheit das kleinste Übel ist.



## Chronik

1950

1960

1970

1980

1990

2000

**1984**

NOVEMBER

Die Delegierten der 66. Hauptversammlung fordern **Chancengleichheit für Ärztinnen** ein und verlangen in Sachen AiP eine Stellengarantie, ein arbeitsgerechtes Entgelt und soziale Absicherung.

**1985**

APRIL

Unter dem Beifall von 5.000 demonstrierenden Medizinstudenten in Bonn verlangt der Marburger Bund eine verstärkte Aufsicht über das Geschäftsgebaren des **Institutes für medizinische und pharmazeutische Prüfungsfragen (IMPP)**. Hintergrund ist die Verschärfung der ärztlichen Vorprüfung.



Norbert Blüm und Kasten Vilmar bei der 21. Sitzung der Konzierten Aktion im Gesundheitswesen in Bonn.

**1985**

NOVEMBER

Frank Ulrich Montgomery, bereits Marburger-Bund-Landesvorsitzender in Hamburg, wird stellvertretender Bundesvorsitzender.

**1987**

SEPTEMBER

Beim Marburger-Bund-Forum „Ärztinnen – Tradition und Zukunft“ in Bonn wird ein **Musterförderplan für Ärztinnen** in Krankenhäusern und Hochschulkliniken vorgestellt.

**1988**

MÄRZ

Marburger Bund, DAG und Arbeitgeber einigen sich bei den Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst auf Gehaltserhöhungen für Krankenhausärzte. Zudem wird eine schrittweise Verkürzung der Wochenarbeitszeit auf 38,5 Stunden ab dem Jahr 1989 vereinbart.

**1988**

SEPTEMBER

Insbesondere um gegen die zunehmende Arbeitslosigkeit unter Ärzten besser vorgehen zu können, wird die gemeinnützige **Marburger-Bund-Stiftung** gegründet. Mit einer Vielzahl von Qualifikations- und Informationsveranstaltungen sollen die Chancen arbeitssuchender Ärzte verbessert werden.

**1989**

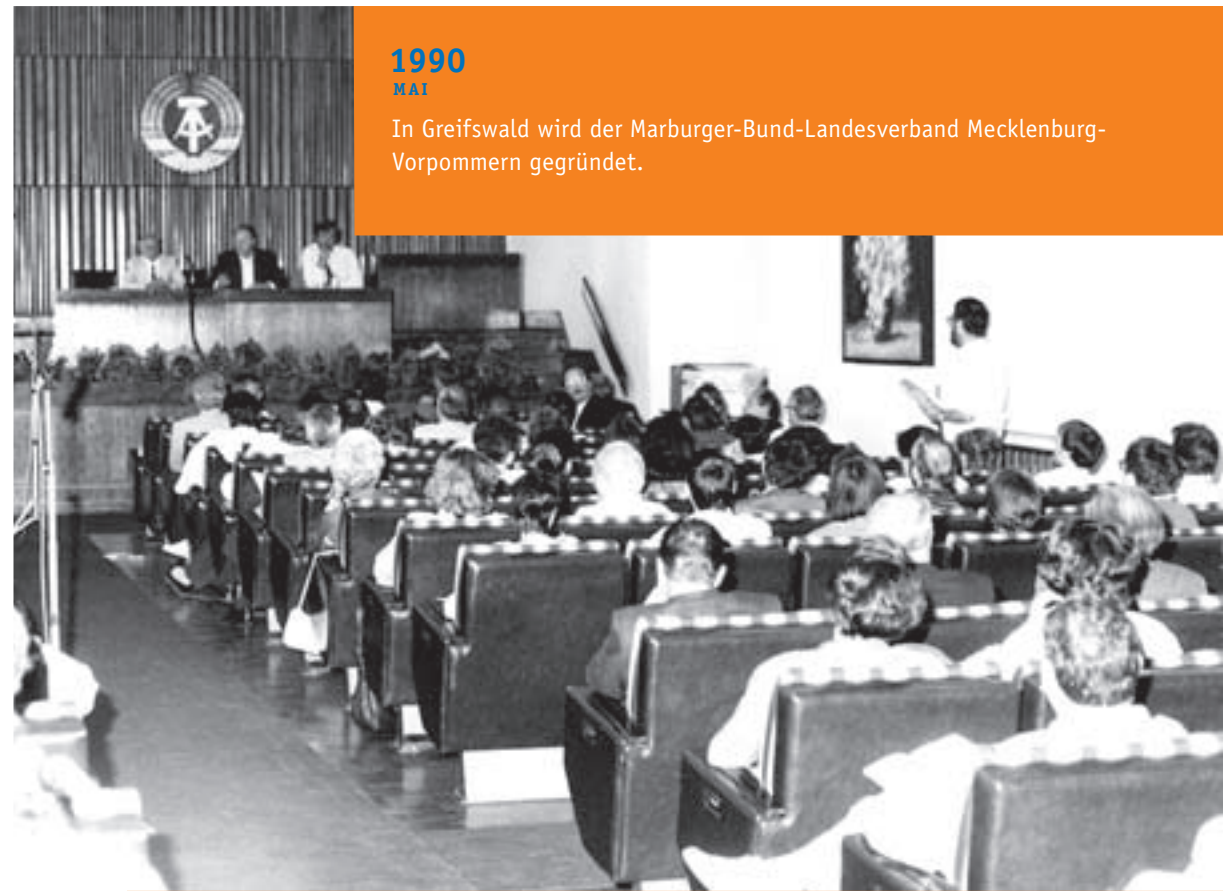
NOVEMBER

Auf der 76. Hauptversammlung wird **Frank Ulrich Montgomery** neuer Bundesvorsitzender des Marburger Bundes. Zu seinem Stellvertreter wird **Rudolf Henke** gewählt.

**1990**

MAY

In Greifswald wird der Marburger-Bund-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern gegründet.

**1991**

JANUAR

Auftakt der **Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst** in den alten Bundesländern.



## Chronik

1950

1960

1970

1980

1990

2000



Marburger-Bund-Mitglieder aus Ost und West demonstrieren 1991 für ein einheitliches Tarifrecht.

**1991**  
APRIL

Der Marburger-Bund-Vorsitzende tourt im Rahmen einer Vortrags- und Informationsreise durch die neuen Bundesländer, um sich der Probleme und Bedürfnisse der ostdeutschen Ärzte anzunehmen.

**1991**  
JUNI

Es ist dem Einsatz des Marburger Bundes zu verdanken, dass die Bundesregierung zehn Millionen DM als **Überbrückungshilfe für Assistenten in Weiterbildung** in ambulanten Einrichtungen in den neuen Bundesländern bereitstellt.

Für deren Bezahlung, die im DDR-System staatlich gelenkt war, gab es nach der Umstellung kein Geld mehr.

**1992**  
APRIL

Die Marburger-Bund-Mitglieder stimmen in einer Urabstimmung eindeutig für Streiks, nachdem nach fünf ergebnislosen Tarifrunden die Gewerkschaften die Verhandlungen für gescheitert erklärt hatten. Die streikenden Ärzte und das übrige Klinikpersonal tragen dazu bei, dass es im Mai zu einem insgesamt erträglichen Abschluss kommt, der u. a. für Ärzte im Praktikum eine Gehaltserhöhung um 150 DM monatlich vorsieht.

**1992**  
NOVEMBER

Verbandschef Montgomery kritisiert die im Gesundheitsstrukturgesetz (GSG) vorgesehenen Pläne von Gesundheitsminister Horst Seehofer zur Budgetierung aller Gesundheitsausgaben als Frontalangriff auf das Gesundheitswesen. Die zudem geplante „Niederlassungssperre“ führt in der Übergangsfrist zur vom Marburger Bund prognostizierten Niederlassungswelle.

Während dieser Frist bis September 1993 entschließen sich 10.500 Ärzte zur Niederlassung als Kassenarzt. Folge: In den Kliniken kommt es aufgrund des massenhaften Exodus erfahrener Krankenhausärzte zu Personalengpässen.



Marburger-Bund-Vize Rudolf Henke spricht auf einer Medizinstudenten-Demo in Bonn gegen die Gesundheitsreform.

**1996**  
JANUAR

Nach einer Übergangsfrist greift das **Arbeitszeitgesetz** auch in Krankenhäusern. Trotz der eindeutigen Schutzvorschriften, die auf die EG-Arbeitszeitrichtlinie zurückgehen, stellen sich die Klinikarbeitsgeber während der Übergangsphase nicht auf notwendige Änderungen, insbesondere beim Personalbedarf, ein. Folge sind massenweise Verstöße gegen das Arbeitszeitgesetz.

Weiteres Problem: Der deutsche Gesetzgeber hat die europäische Richtlinie falsch umgesetzt. Die Bereitschaftsdienste werden nicht wie gefordert als Arbeitszeit-, sondern als Ruhezeit gewertet. **Überlange Arbeitszeiten und übermüdete Ärzte** sind die Folge.

Der Marburger Bund verlangt von der Bundesregierung eine Änderung des Arbeitszeitgesetzes und strengere Kontrollen der Kliniken durch die Gewerbeaufsicht.



## Chronik

1950

1960

1970

1980

1990

2000

1999  
SEPTEMBER

In Wiesbaden protestiert der Marburger-Bund-Hessen gegen die Gesundheitsreform.

2000  
OKTOBER

Der **Europäische Gerichtshof (EuGH)** untermauert die Position des Marburger Bundes, wonach der Bereitschaftsdienst der Klinikärzte als Arbeitszeit zu werten ist.

In den Folgejahren bestätigen immer mehr deutsche Gerichte die Relevanz des europäischen Richterspruchs auch für deutsche Klinikärzte. Der Druck auf die Bundesregierung, das falsche Arbeitszeitgesetz zu ändern, wächst.

2001  
APRIL

Bundesgesundheitsministerin **Ulla Schmidt** zweifelt im Gespräch mit Marburger-Bund-Vertretern die Bindungswirkung des EuGH-Urteils für Deutschland an, da es von spanischen Klinikärzten erwirkt wurde.

Der im Mai 2001 folgende 104. Deutsche Ärztetag macht die **Ausbeutung junger Ärztinnen und Ärzte** zum Hauptthema. Der Marburger Bund warnt vor Ärzteflucht und Ärztemangel.

2001  
NOVEMBER

Die **100. Marburger-Bund-Hauptversammlung** will einen „**Computerstreik**“ in Kliniken durchführen, wenn Politik und Arbeitgeber Ärzteausbeutung weiter zulassen. Um die Patientenversorgung nicht zu beeinträchtigen, sollen Verwaltungstätigkeiten reduziert werden.

Die erste Stufe des Computerstreiks startet bereits im November 2001. Ärzte sollen dem Arbeitgeber konsequent **Überlastungsanzeigen und Überstundendokumentationen** einreichen.

Zudem unterstützt der Marburger Bund **Gerichtsverfahren** seiner Mitglieder auf Anerkennung der Bereitschaftsdienste als Arbeitszeit. — Sämtliche Klagen werden gewonnen.



Die Marburger-Bund-Verbandsspitze um Frank Ulrich Montgomery und Rudolf Henke informiert die Presse über den „Computerstreik“.

2001  
DEZEMBER

Unter dem Druck der Marburger-Bund-Aktionen lenkt die Bundesregierung ein und beschließt für die Jahre 2003 und 2004 eine Budgeterhöhung um jeweils 200 Millionen DM.

Der Marburger Bund bezeichnet dies als ersten Schritt, dem jedoch weitere Mittel und vor allem die erforderliche Änderung des Arbeitszeitgesetzes und die Bewertung der Bereitschaftsdienste als Arbeitszeit folgen müssen.

2002  
JANUAR

Die Ergebnisse von Arbeitszeituntersuchungen in hessischen und niedersächsischen Kliniken bestätigen die katastrophalen Arbeitsbedingungen von Ärzten: **Zahlreiche Kliniken missachten das Arbeitszeitgesetz**, Ärzte werden angehalten, überlange Marathonschichten von weit über 30 Stunden am Stück zu leisten, Überstunden und Bereitschaftsdienste werden nicht registriert und unzureichend vergütet.

Unterdessen **eskaliert der Streit** zwischen Marburger Bund und Gesundheitsministerium. Ministerin Schmidt bezeichnet Marburger-Bund-Chef Montgomery als „Möller der Ärzte“. Montgomery kontert und kritisiert, dass Schmidt das Bundesgesundheitsministerium führt wie einen Aachener Karnevalsverein.

## Chronik

1950

1960

1970

1980

1990

2000

**2002**  
MÄRZ

Ulla Schmidt lenkt in Sachen Arbeitszeitgesetz ein und kündigt bei einem Arbeitszeitgipfel die **Anerkennung des EuGH-Urteils** vom Oktober 2000 an.

**2002**  
JUNI

Der Marburger Bund kritisiert erneut die angestrebte **Klinikvergütungsreform** nach Fallpauschalen und fordert eine Verschiebung um zwei Jahre.

Die Klinikärzte befürchten eine Zementierung der schlechten Arbeitsbedingungen, überlastetes Klinikpersonal und eine schlechtere Patientenversorgung.

**2003**  
FEBRUAR

Als **juristischen K.-o.-Schlag** für die Bundesregierung bezeichnet der Marburger Bund die Erklärung des Bundesarbeitsgerichts, wonach auch in Deutschland die **Bereitschaftsdienste als Arbeitszeit anerkannt** werden müssen. Eine entsprechende Änderung des Arbeitszeitgesetzes durch die Politik lässt aber auch zehn Jahre nach Einführung der EU-Richtlinie und drei Jahre nach dem EuGH-Urteil weiter auf sich warten.

**2003**  
MÄRZ

Für den Marburger Bund ist die Entscheidung des Deutschen Bundestages, sowohl reproduktives als auch therapeutisches Klonen weltweit und umfangreich zu ächten, ein Sieg der Menschlichkeit und ein klares Signal gegen die schleichende Aufweichung der Menschenwürde.

**2003**  
JUNI

Das Bundesgesundheitsministerium legt nach jahrelangen Forderungen des Marburger Bundes einen Referentenentwurf zur **Abschaffung des Arztes im Praktikum (AiP)** im Wintersemester 2004/2005 vor. Die Abschaffung dieser 18monatigen Pflichtphase ist längst überfällig, da sie mit unterdurchschnittlicher Bezahlung bei vollwertiger Arbeitsleistung erheblich zum Ärztemangel beiträgt.

**2003**  
JULI

Der Marburger Bund legt der Bundesregierung einen **Drei-Stufen-Plan** vor, mit dem die schlechten Arbeitsbedingungen und die zunehmende Ärzteflucht aus den Kliniken bekämpft werden sollen. Über einen Zeitraum von drei Jahren sollen jährlich 300 bis 400 Millionen Euro zur Einstellung neuer Klinikärzte bereitgestellt werden.

Noch im Juli schwenkt die Bundesregierung im **Eckpunktepapier** zur Gesundheitsreform

auf die Marburger-Bund-Forderung ein und will mit einem **700-Millionen-Euro-Paket** bis zum Jahr 2009 die Arbeitszeitproblematik in Krankenhäusern in den Griff bekommen.

**2003**  
SEPTEMBER

In einem vom Marburger Bund unterstützten Verfahren urteilt der **EuGH** im Fall eines deutschen Klinikarztes über die Bewertung der Bereitschaftsdienste. Erneut wird klargestellt, dass der **Bereitschaftsdienst als Arbeitszeit** zu werten ist.

Nun geht plötzlich alles ganz schnell: Bundesarbeitsminister **Wolfgang Clement** legt einen Tag nach Urteilsverkündung einen Entwurf zur Änderung des Arbeitszeitgesetzes vor, der im Vermittlungsausschuss auf Drängen der Union entscheidend verwässert wird.

Ab dem 1. Januar 2004 soll zwar der Bereitschaftsdienst als Arbeitszeit gewertet werden, für Kliniken mit bestimmten Tarifverträgen soll es aber eine zweijährige Übergangsfrist geben. Die Arbeitgeber nutzen diese Klausel schamlos zu Lasten der Ärzte und Patienten aus und belassen **in Sachen Arbeitszeiten alles beim Alten**. Klinikärzte müssen weiterhin Marathonschichten leisten.

**2004**  
APRIL

Der Marburger Bund kritisiert die geplante Verlängerung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich im Landesdienst als **Lohnraub**.

Gemeinsam mit den durch die Tarifgemeinschaft deutscher Länder bereits gekündigten Tarifverträgen zum Urlaubs- und Weihnachtsgeld wird den Universitätsärzten und Mediziner an Landeskrankenhäusern damit das Gehalt um bis zu 20 Prozent gekürzt.



Auf seiner 106. Hauptversammlung im November 2004 in Berlin lehnt der Marburger Bund die aktive Sterbehilfe kategorisch ab. Das vorsätzliche Töten von Menschen steht im krassen Widerspruch zum ärztlichen Heilauftrag.

**2003**  
MAI

Der Marburger Bund lehnt auf seiner 103. Hauptversammlung das geplante **Gesundheitssystemmodernisierungsgesetz (GMG)** ab.

Es fördert mit staatsmedizinischen Vorgaben den zunehmenden ökonomischen Druck auf die Ärzte. Die Delegierten befürchten eine Fließbandmedizin zu Lasten der Patienten.



## Chronik

1950

1960

1970

1980

1990

2000

### 2004

MAI

Der Marburger Bund hat mit seiner Forderung nach einer umfangreichen **Abschaffung des AiP** Erfolg. Der Deutsche Bundestag beschließt die endgültige Abschaffung **zum 1. Oktober 2004**. Auch zu diesem Zeitpunkt bereits tätigen Ärzten im Praktikum wird das Recht auf Vollapprobation eingeräumt. Auf Drängen des Marburger Bundes schafft der Gesetzgeber zudem die Voraussetzungen einer Refinanzierung für Kliniken, die Ärzten im Praktikum fortan ein Assistenzarztgehalt zahlen.

### 2004

JULI

Den vom Bundesjustizministerium vorgelegten Referentenentwurf zum Großen Lauschangriff lehnt der Marburger Bund entschieden ab. Insbesondere die geplanten **Abhörmaßnahmen im ärztlichen Bereich** darf unter keinen Umständen das besonders schutzwürdige Patient-Arzt-Verhältnis aushöhlen.

Im gleichen Monat startet der Marburger Bund ein bundesweites **Projekt gegen den Ärztemangel** in Kliniken. Arbeitgeber können auf der Homepage des Verbandes kostenlos Assistenzarztstellen präsentieren. Damit soll gegen die 5.000 offenen Arztstellen in Deutschlands Krankenhäusern vorgegangen werden.

### 2004

DEZEMBER

Zum internationalen Tag der Menschenrechte kritisiert der Marburger Bund die **türkische Regierung** scharf. Krankenhausärzte werden in ihrer Berufsausübung massiv eingeschränkt, es gibt kein Recht auf Streik und freie Meinungsäußerung.

Anlass der Kritik ist ein Strafverfahren gegen 85 Ärzte, Gewerkschafts- und Patientenvertreter, die öffentlich auf die **mangelhafte medizinische Versorgung in der Türkei** aufmerksam gemacht haben.

### 2005

JANUAR

Der Marburger Bund startet eine **Initiative für mehr ärztliche Mitsprache** im Krankenhaus. Mit speziellen Seminaren will der Verband Ärzte fit machen für eine aktive Mitarbeit in den Mitbestimmungsgremien.

### 2005

FEBRUAR

Im Rahmen der Tarifreform im öffentlichen Dienst fordert der Marburger Bund eine bessere Vergütung der Klinikärzte ein. Mit der Ablösung des Bundes-Angestellten-tarifvertrages durch den **Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes (TVöD)** muss auch eine klare Verbesserung der ärztlichen Arbeitsbedingungen einhergehen.

### 2005

MÄRZ

Mit einem **Warnstreik am Universitätsklinikum Marburg** demonstrieren die Ärzte gegen den zunehmenden Abbau tariflicher Arbeitnehmerrechte. Der Austritt des Landes Hessen aus der Tarifgemeinschaft deutscher Länder bedeutet für neu eingestellte Ärzte sowie für Ärzte mit verlängerten Arbeitsverträgen eine Erhöhung der Wochenarbeitszeit von 38,5 auf 42 Stunden ohne Lohnausgleich, eine Kürzung des Weihnachtsgeldes und eine komplette Streichung des Urlaubsgeldes.

### 2005

MAI

Ärzte der Universitätskliniken **Gießen, Marburg, Heidelberg, Würzburg, Hamburg, Hannover, Mannheim, Berlin, Köln** und **Aachen** folgen einem Aufruf des Marburger Bundes und demonstrieren gegen die von bestimmten Bundesländern vollzogene Erhöhung der Wochenarbeitszeit ohne Lohnausgleich und die Kürzungen beim Weihnachts- und Urlaubsgeld. Unterdessen verstärkt sich die Kritik am geplanten Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst.



Symbolisch verlassen die Krankenhausärzte beim ersten nationalen Protesttag des Marburger Bundes in Berlin am 5. August 2005 wegen schlechter Arbeitsbedingungen Deutschland.

## Chronik

1950

1960

1970

1980

1990

2000

Die Delegierten der 107. Hauptversammlung verlangen für Ärzte höhere Entgeltgruppen, deutlich mehr Gehalt und keine Tarifrückstufungen bei einem Arbeitgeberwechsel.

## 2005 JUNI

Beim auszuhandelnden TVöD kristallisiert sich mehr und mehr heraus, dass die übrigen Berufsgruppen zu Lasten der Ärzte finanziell besser gestellt werden sollen. Marburger-Bund-Chef Montgomery bezeichnet dieses Vorhaben als **Wortbruch** und betont, dass kein Klinikarzt eine angestrebte Gehaltskürzung von 15 Prozent akzeptieren wird. Um

den Druck auf die Verhandlungsparteien zu erhöhen, ruft der Marburger Bund zu **Protestaktionen** in den baden-württembergischen Universitätskliniken auf.

Für drei Wochen sollen in den Spezialambulanzen nur noch Notfälle behandelt werden.

Im selben Monat verlagert der Marburger Bund nach knapp 60 Jahren seinen **Hauptsitz von Köln nach Berlin**. Marburger-Bund-Hauptgeschäftsführer Armin Ehl begründet den Umzug mit der zunehmenden Verlagerung von Politik und Berufsverbänden in die Bundeshauptstadt.

Außenansicht des neuen Verbandsgebäudes nach dem Umzug in die Berliner Reinhardtstraße.

## 2005 AUGUST

Der Marburger Bund ruft für die erste Augustwoche zu **Protest- und Streikmaßnahmen** in den hessischen, baden-württembergischen und bayerischen Universitätskliniken auf. Über 7.000 Klinikärzte beteiligen sich an den Aktionen gegen den tarifpolitischen Raubbau der Bundesländer.

Ihren Höhepunkt finden die Proteste am 5. August beim **ersten bundesweiten Streik- und Protesttag in Berlin**. An der Großkundgebung in der Bundeshauptstadt beteiligen sich 3.000 Klinikärzte.

## 2005 SEPTEMBER

Am zweiten bundesweiten Streik- und Protesttag des Marburger Bundes am 6. September in Stuttgart gehen 5.000 Klinikärzte auf die Straße und demonstrieren gegen Lohnraub durch längere Arbeitszeiten und Kürzungen des Weihnachts- und Urlaubsgeldes.



Die 108. Marburger-Bund-Hauptversammlung lehnt den TVöD ab, entzieht Verdi die Verhandlungsvollmacht und fordert die Arbeitgeber zu arzt-spezifischen Tarifverhandlungen auf.

„Die 108. Hauptversammlung des Marburger Bundes hat den Verhandlungsstand (10.09.2005) zum TVöD mit seinen Teilverträgen und ergänzenden Verträgen analysiert und bewertet. Dieses Verhandlungsergebnis genügt nicht den Anforderungen, die die 107. Hauptversammlung aufgestellt hatte.

Die Hauptversammlung lehnt daher das Verhandlungsergebnis ab und fordert die Arbeitgeber von Bund und Kommunen auf, in Verhandlungen zu einem Tarifvertrag für Ärztinnen und Ärzte mit dem Marburger Bund einzutreten. [...] Die Verhandlungsvollmacht vom 11. November 1994 für die Gewerkschaft Verdi wird mit sofortiger Wirkung widerrufen.“

Beschluss der 108. Marburger Bund-Hauptversammlung: TVöD wird abgelehnt.

Die **108. Marburger-Bund-Hauptversammlung** fasst einen historischen Beschluss: Der Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) wird abgelehnt, **Verdi wird die Verhandlungsvollmacht für Ärzte entzogen** und die Arbeitgeber werden aufgefordert, mit dem Marburger Bund in eigenständige Verhandlungen für arzt-spezifische Tarifverträge einzutreten.

Anlass dieser Tarifwende ist der ab 1. Oktober 2005 gültige TVöD, der die katastrophalen Arbeitsbedingungen von Krankenhausärzten weiter verschlechtern würde. So würde ein 29-jähriger Berufseinsteiger gegenüber dem bisherigen Bundes-Angestelltentarifvertrag nach zehn Jahren über 31.000 Euro, nach 20 Jahren gar rund 68.000 Euro an Gehalt einbüßen.

## 2005 OKTOBER

Marburger Bund und Tarifgemeinschaft deutscher Länder nehmen am 12. Oktober offiziell Tarifverhandlungen auf. Kernforderungen des Marburger Bundes: Rücknahme der Kündigung von Tarifverträgen zur Arbeitszeit und zum Weihnachts- und Urlaubsgeld, deutliche Erhöhung der Grundvergütung um 30 Prozent sowie vollständige Vergütung sämtlicher Überstunden und Bereitschaftsdienste. Um auch die kommunalen Arbeitgeber zur Aufnahme von Verhandlungen zu bewegen, protestieren am 19. Oktober mehrere tausend Ärzte in Hamburg, Berlin, Düsseldorf, Mannheim, Leipzig, Dresden, Erfurt, Freiburg, Heidelberg, Wiesbaden und Göttingen.

## Chronik

1950

1960

1970

1980

1990

2000

2005  
NOVEMBER

Der Marburger Bund appelliert an die Bundesregierung, an der für Januar 2006 vorgesehenen Einführung des verbesserten Arbeitszeitgesetzes mit der Bewertung der Bereitschaftsdienste als Arbeitszeit festzuhalten. Aufgrund der massiven Arbeitgeberpropaganda beschließt der Gesetzgeber jedoch eine dritte Übergangsfrist bis zum Jahr 2007.

Unterdessen ruft der Marburger Bund zu einem **einwöchigen Ärztestreik an der Berliner Charité** auf. Das Land Berlin, das nicht mehr dem Arbeitgeberverband angehört, weigert sich, einen arzt-spezifischen Tarifvertrag mit verbesserten Arbeitsbedingungen für die 2.200 Berliner Uniärzte abzuschließen.

2005  
DEZEMBER

Mit einem Warnstreik an **20 Universitätskliniken** protestieren die Ärzte gegen die ins Stocken geratenen Tarifverhandlungen mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder. Um den Druck auf die TdL zu erhöhen, wird eine **Kampagne** gegen millionenfach unvergütete Überstunden von Klinikärzten gestartet.

Nach einer Entscheidung des Landesarbeitsgerichts Köln nimmt der Marburger Bund seinen Aufruf zum Ärztestreik an kommunalen Krankenhäusern zurück. Der Richterspruch wird vom Marburger Bund als Anschlag auf die grundgesetzlich verbrieft Tarifautonomie verurteilt. Als Reaktion darauf **kündigt die Ärztegwerkschaft den BAT**, um den Weg für Ärztestreiks in kommunalen Krankenhäusern frei zu machen. Gleichzeitig fordert der Marburger Bund die Vereinigung kommunaler Arbeitgeberverbände (VKA) erneut zu Tarifverhandlungen auf.

2006  
JANUAR

Unter dem Druck der anlaufenden Vorbereitungen auf Ärztestreiks willigt die VKA zunächst in Tarifgespräche und dann in Tarifverhandlungen mit dem Marburger Bund ein.

2006  
MÄRZ

Rund 7.500 Ärzte in 27 Universitätskliniken und 14 Landeskrankenhäusern protestieren im Rahmen eines bundesweiten Warnstreiks erneut gegen die ins Stocken geratenen Tarifverhandlungen mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder. Da sich die TdL auch weiterhin konstruktiven Gesprächen verschließt, erklärt der Marburger Bund die Verhandlungen für gescheitert und leitet eine Urabstimmung ein, bei der sich 98,4 Prozent der Ärzte für Streiks aussprechen.

**Der größte Ärztestreik in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland** beginnt am 16. März mit einer ersten Welle an den Unikliniken Freiburg, Heidelberg, München, Würzburg, Essen, Bonn, Mainz und Halle.

2006  
APRIL

Der Marburger Bund reicht beim Arbeitsgericht Köln **Verbandsklage gegen die Vereinigung kommunaler Arbeitgeberverbände** ein. Hintergrund ist die Zwangsüberleitung von Ärzten in den TVöD, den der Marburger Bund nicht unterzeichnet hat.

2006  
MAI

Die Tarifverhandlungen mit der VKA für die Ärzte an kommunalen Krankenhäusern treten auf der Stelle. Die Arbeitgeber schauen gebannt auf die **Arbeitskampfmaßnahmen** an den Unikliniken. Der Verhandlungsführer des Marburger Bundes, Lutz Hammerschlag, warnt die VKA vor Ärztestreiks in kommunalen Krankenhäusern.

Unterdessen kommt es in Dresden zu einem **ergebnislosen Spitzengespräch** zwischen Marburger-Bund-Chef Montgomery und dem TdL-Vorsitzenden Möllring, um den Tarifkonflikt an den Uni- und Landeskliniken zu entschärfen.

2006  
JUNI

Der Marburger Bund bricht die Tarifverhandlungen mit den kommunalen Arbeitgebern ab, da diese auf der Einführung des vom Marburger Bund bereits abgelehnten TVöD bestehen. Bei einer Urabstimmung sprechen sich 97,1 Prozent der Ärzte für Streiks an kommunalen Krankenhäusern aus, die am 26. Juni beginnen. Bereits am 28. Juni streiken **bundesweit über 10.000 Ärzte** in 45 Städten.

Unterdessen erreicht der seit März andauernde Arbeitskampf an Uni- und Landeskliniken am 14. Juni mit knapp **14.000 streikenden Ärzten** in bundesweit 43 Kliniken einen erneuten Höhepunkt.

Zwei Tage später einigen sich Marburger Bund und TdL auf den Abschluss des **ersten arzt-spezifischen Tarifvertrages in Deutschland**.

Bei den massiven Ärztestreiks können die Uniärzte auch auf die Unterstützung der Kleinsten setzen.



Die Verhandlungskommission des Marburger Bundes für den Bereich der Universitätskliniken: Tobias Breyer, Lutz Hammerschlag, Udo Rein, Rolf Lübke, Bernhard Resemann, Kurt Ossoinig, Boris Fröhlich (v. l. n. r.).

## Chronik

1950

1960

1970

1980

1990

2000

## 2006

JULI

Unter dem Druck des massiven **Ärztestreiks** an kommunalen Krankenhäusern erklärt sich die VKA bereit, die Tarifverhandlungen mit dem Ziel eines arzt-spezifischen Tarifabschlusses wieder aufzunehmen. Das Angebot der Arbeitgeber entpuppt sich jedoch als Mogelpackung, da längere Arbeitszeiten und Gehaltskürzungen vorgesehen sind.

## 2006

AUGUST

Marburger Bund und VKA unternehmen einen **weiteren Einigungsversuch**. Begleitet wird die Verhandlungsrunde am 14. August von den bisher massivsten Ärztestreiks in kommunalen Kliniken. Insgesamt legen bundesweit 17.300 Mediziner in 185 Krankenhäusern ihre



4.000 Universitätsärzte aus ganz Deutschland demonstrieren beim bundesweiten Protesttag am 3. Mai 2006 in Berlin für einen eigenen Tarifvertrag.

Arbeit nieder, allein 3.000 reisen zu einer Großdemonstration nach Frankfurt. Drei Tage später ist die **Tarifeinigung** auch für Ärzte im kommunalen Kliniksektor perfekt.

## 2006

NOVEMBER

Im Vorfeld der 110. Hauptversammlung ruft der Vorsitzende des Marburger Bundes, Frank Ulrich Montgomery, zu einem **Boycott der anstehenden Gesundheitsreform** auf, die den Weg in eine staatliche Bevormundungsmedizin ebnen soll.

## 2006

DEZEMBER

Der Marburger Bund zieht eine **positive Bilanz** seiner tarifpolitischen Entwicklung. In nur 12 Monaten hat sich die Ärzteorganisation als gewerkschaftliche Interessenvertretung der deutschen Krankenhausärzte fest etabliert. **Die ersten eigenen Ärzte-Tarifverträge** sind ein solides Fundament, die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Trotz der Abschlüsse bleibt jedoch noch viel zu tun, denn nach wie vor bleiben die Mediziner weit von einer angemessenen Wertschätzung ihrer Arbeit entfernt.

Im selben Monat gelingt es der Ärztegewerkschaft, mit dem **Klinikkonzern Helios** den ersten bundesweit gültigen Ärzte-Tarifvertrag im privaten Kliniksektor zu vereinbaren.

Gelobt werden die Ärzteproteste auch wegen ihrer originellen und sympathischen Art.



Marburger Bund, Bundesärztekammer, Kassenärztliche Bundesvereinigung und Deutsche Krankenhausgesellschaft protestieren gegen die Gesundheitsreform.

## 2007

JANUAR

Zum Jahresbeginn endet die gesetzliche Übergangsfrist zur Einführung des verbesserten Arbeitszeitgesetzes in Krankenhäusern. Fortan muss in allen Kliniken der **Bereitschaftsdienst als Arbeitszeit** gewertet werden.

Da nicht alle Kliniken entsprechende Dienstpläne eingeführt haben, ist von weiteren Verstößen gegen das Arbeitszeitgesetz und überlangen Arbeitszeiten der Klinikärzte auszugehen. Der Marburger Bund verlangt in einem Schreiben an die Arbeitsschutzbehörden **strengere Kontrollen** der Krankenhäuser.

# Chronik

1950

1960

1970

1980

1990

2000

## 2007

FEBRUAR

In Berlin startet der Marburger Bund die Kampagne „Für ein familienfreundliches Krankenhaus!“, deren Schirmherrschaft Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen übernimmt.

Ein familienfreundliches Krankenhaus ist ein Gewinn für alle – sowohl für den Arbeitgeber als auch das Klinikpersonal und die Patienten.



Als Schirmherrin gibt Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen den Startschuss zur Marburger-Bund-Kampagne „Für ein familienfreundliches Krankenhaus!“.

## 2007

MÄRZ

Nach mehrmonatigen Verhandlungen schließt der Marburger Bund mit der **Charité** einen Tarifvertrag für die 2.200 Berliner Universitätsärzte ab.

Es ist der erste Tarifvertrag in der Tarifgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, der die **Ost-West-Unterschiede** bei der Vergütung und der Arbeitszeit aufhebt.

## 2007

JUNI

Der Marburger Bund feiert sein **60-jähriges Bestehen**.

Sechs Jahrzehnte Verbands- und Gewerkschaftsgeschichte haben sowohl im gesundheitspolitischen als auch im tarif- und berufspolitischen Umfeld für entscheidende Veränderungen zu Gunsten der angestellten und beamteten Ärzte in Deutschland geführt.



Mit einem Straßenfest wird das 60-jährige Jubiläum des Marburger Bundes gefeiert.

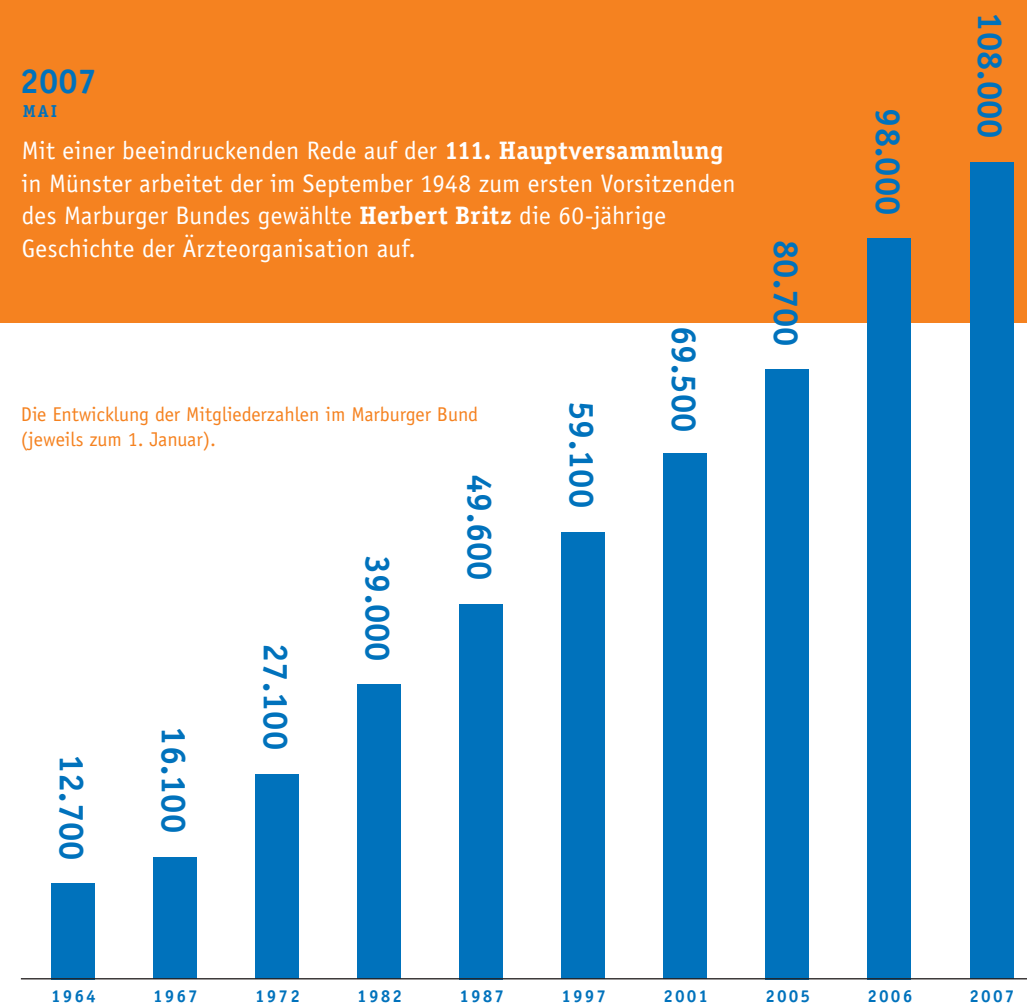


## 2007

MAI

Mit einer beeindruckenden Rede auf der **111. Hauptversammlung** in Münster arbeitet der im September 1948 zum ersten Vorsitzenden des Marburger Bundes gewählte **Herbert Britz** die 60-jährige Geschichte der Ärzteorganisation auf.

Die Entwicklung der Mitgliederzahlen im Marburger Bund (jeweils zum 1. Januar).





[www.marburger-bund.de](http://www.marburger-bund.de)